

## „Sind die Feinde verrückt geworden?“ Martin Rade, Walther Schücking und die Diskussion um den Frieden von Versailles

Aus dem „Traumland der Waffenstillstandsperiode“ (Ernst Troeltsch) erwachte die deutsche Öffentlichkeit nach Bekanntwerden der Friedensbedingungen am 7. Mai 1919 mit einem schweren Kater. Dass es kein milder Frieden werden würde, darüber war man sich im Vorfeld allgemein klar gewesen, doch hatte niemand dieses Ausmaß an territorialer, wirtschaftlicher und finanzieller Belastung erwartet. Vielmehr waren große Hoffnungen auf den amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson und sein 14-Punkte-Programm gesetzt worden. Unter Berufung auf dieses Programm hatte das Deutsche Reich den Waffenstillstand vom 11. November 1918 unterschrieben und seither auf dessen Einfluss auch auf den künftigen Frieden vertraut. Doch statt eines Verständigungsfriedens drohte nun ein „Gewaltfrieden“, der zu allem materiellen Verlust den Deutschen auch noch die alleinige moralische Schuld am Weltkrieg aufbürdete. Die Diskussion über die Friedensbedingungen von Versailles beherrschte die deutsche Öffentlichkeit wochenlang. Für die Liberaldemokraten im Reich stand sofort fest, dass ihre Annahme unzumutbar sei, und sie vertraten ihre Auffassung trotz größter Bedenken bis zum Schluss. In diesem Sinne äußerte sich der Marburger Theologe und Herausgeber der Wochenschrift „Die Christliche Welt“ (ChW) Martin Rade ebenso wie sein Parteifreund, der ebenfalls in Marburg lehrende Staatsrechtler Walther Schücking. Beide waren während des Krieges öffentlich für einen Verständigungsfrieden eingetreten und hatten das Wilson-Programm vom Januar 1918 begrüßt. Entsprechend groß war die Enttäuschung, als sich in dem Friedensangebot der Siegermächte nichts vom Geist der Verständigung wiederfand.<sup>1</sup>

1 Zum Friedensvertrag erschöpfend: Jörn Leonhard: Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt 1918-1923. München 2018; Eckhard Conze: Die große Illusion. Versailles 1919 und die Neuordnung der Welt. München 2018. Zu Rade: Anne Chr. Nagel: Martin Rade – Theologe und Politiker des Sozialen Liberalismus. Eine politische Biographie. Gütersloh 1996; zu Schücking: Detlev Acker: Walther Schücking (1875-1935). Münster 1970 sowie zuletzt Ulf Morgenstern: Bürgergeist und Familientradition. Die liberale Gelehrtenfamilie Schücking im 19. und 20. Jahrhundert. Paderborn u.a. 2012.

Im Folgenden fällt der Blick auf die Haltung Rades und Schückings in der Friedensfrage nach der Unterzeichnung des Waffenstillstands im November 1918. Wie erlebten sie die angespannten Wochen im „Traumland“, wie positionierten sie sich bei Bekanntwerden der Friedensbedingungen und wie begründeten sie ihre Auffassung? Den Anstoß zu diesem Essay gab die dem diesjährigen Jahrbuch-Themenschwerpunkt zugrunde liegende Tagung der Universität Jena und des Archivs des Liberalismus, wo insbesondere über die Haltung der Liberaldemokraten in diesem Zeitraum lebhaft diskutiert wurde. War das Wort „Unannehmbar“, das Rade angesichts der Friedensbedingungen entfuhr, allein einem ersten unbedachten Impuls geschuldet? Und übte Schücking als Mitglied der deutschen Delegation in Paris wirklich nur „Symbolpolitik“, weil beide wussten, dass man am Ende die Friedensbedingungen doch annehmen würde? War es ihnen nicht ernst damit, notfalls die Besetzung des Deutschen Reichs zu riskieren? Mehr als ein Schlaglicht auf diese Ausnahmezeit zwischen dem 7. Mai und dem 28. Juni 1919 ist hier nicht intendiert. Aber vielleicht öffnet die genaue Betrachtung der Haltung zweier wichtiger linksliberaler Politiker zu den Friedensbedingungen ein tieferes Verständnis für die Schwierigkeiten, unter denen sich Menschen im öffentlichen Raum nach der Kriegsniederlage zu behaupten hatten.

Als Anhänger Friedrich Naumanns verkörperten Rade und Schücking seit der Jahrhundertwende das „sozialliberale Marburg“ und nahmen damit an der nationalliberal bis konservativ ausgerichteten Philipps-Universität wie in der mittelhessischen Stadt eine Sonderstellung ein. Außer für die Ziele der Fortschrittlichen Volkspartei sorgten sie in den Jahren vor 1914 offensiv für die Verbreitung pazifistischer Positionen und redeten der internationalen Verständigung das Wort. Den Kriegsausbruch im August hatten beide kommen sehen, ihn aber letztlich als eine Art Reinigungsprozess verstanden, mit dessen Ende eine neue Ära rechtlich verbriefter Völkerverständigung anbrechen würde. So warben sie während des Krieges nachdrücklich für eine Mäßigung in der Kriegszieldiskussion und unterstützten die Pläne für einen Verständigungsfrieden. 1918 traten Rade und Schücking der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) bei. Der Theologe wurde in die Preußische Verfassungsgebende Landesversammlung, der Völkerrechtler in die Deutsche Nationalversammlung gewählt. Beide waren davon überzeugt, dass es zum demokratischen Volksstaat keine Alternative gebe. „Die Demokratie ist auf dem Marsch. Sie läßt sich nicht aufhalten“, lautete das Motto Rades im Wahlkampf 1919.<sup>2</sup> Freilich stand da auch schon die Frage im Raum, ob der künftige Friede der Republik die nötigen Entfaltungsbedingungen bieten würde.

2 Zitiert nach: Nagel: Martin Rade (wie Anm. 1), S. 156.

Die Hoffnung der Professoren, dass sich die Siegermächte bei Kriegsende an Wilsons 14 Punkten orientieren würden, erfüllte sich nicht. Schon die ersten politischen Entscheidungen der Franzosen in Elsass-Lothringen ließen erkennen, wohin die Reise ging. Die nach 1871 in das ehemalige Reichsland eingewanderten Deutschen sollten vertrieben werden, ein Plebiszit lehnte die französische Regierung ab. Schücking empörte sich auf einer Konferenz in Berlin am 8. Dezember 1918 heftig, dass mit dergleichen Rechtsverstößen das „großartige Projekt“ des Völkerbundes gefährdet sei:

„Da müssen wir es erleben, daß die Gegner, die vor uns den Gedanken des Rechtsfriedens vertreten haben, ihre gegenwärtige politische Überlegenheit ausnutzen, um mit uns den Machtfrieden abzuschließen. Wie geht man denn vor in Elsaß-Lothringen? Wilson hat gesagt, daß die Völkerschaften nicht mehr hin- und hergeschoben werden sollten, wie die Steine auf dem Brett.“<sup>3</sup>

Ungeachtet der unterlegenen deutschen Position forderte er die Einhaltung des Wilson'schen Programms und dessen „loyale Anwendung auch in Bezug auf Elsaß-Lothringen“. Nur so sei ein Rechtsfrieden unter den Völkern Europas mit Aussicht auf Bestand zu schließen.

Unterdessen kommentierte Rade die Lage Anfang Januar 1919 auf seine Weise. „Wie der Vogel dem Blick der Schlange, die ihn fressen will, hypnotisiert stille hält, so ist unser Volk heute starr und willenlos gegenüber dem Gebahren unserer Feinde“, brachte er die diffuse Situation im Land auf den Punkt.<sup>4</sup> Das Gefühl des Ausgeliefertseins beherrschte den Theologen, der wie die meisten Deutschen auf die militärische Niederlage gänzlich unvorbereitet gewesen war. Wie paralysiert lasse man nun „die Erfahrung des Unmöglichen“ über sich ergehen und denke nicht einmal daran, „Abwehbares noch abzuwehren“, monierte er in seiner Wochenschrift. Die Passivität wie die sich bald einstellende Uneinigkeit der deutschen Regierung drückten dem Theologen aufs Gemüt. Noch größer war freilich die Unzufriedenheit mit den Entente-Mächten. Ein Bürgerkrieg stehe bevor, warnte er, hervorrufen durch die Fortführung der britischen Blockadepolitik:

„Sind die Feinde verrückt geworden? Sie fürchten den Bolschewismus in Deutschland und überantworten uns ihm mutwillig. Denn wodurch wird er mehr gefördert als durch die zunehmende Hoffnungslosigkeit im Volk? Statt uns mit Lebensmitteln zu versorgen, statt uns Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, hindert man uns an allen Ecken und Enden, schneidet uns jede Bahn und Aussicht ab – und wundert sich dann, wenn Deutschland ein Herd des Wahnsinns und der Verzweiflung wird.“<sup>5</sup>

3 Walther Schücking: Durch zum Rechtsfrieden. Ein Appell an das Weltgewissen. Berlin 1919, S. 7, dort auch das folgende Zitat.

4 ChW, Nr. 1, 1919, Sp. 7, dort auch die folgenden Zitate.

5 ChW, Nr. 7, 1919, Sp. 110.

Gespannt erwartete der Theologe die Verkündung der Friedensbedingungen, von denen er immer noch glaubte, dass wenigstens kleine Anzeichen der Versöhnung darin enthalten sein würden.

Als Mitglied der sechsköpfigen Delegation um Außenminister Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau erlebte Schücking die Übergabe der Friedensbedingungen in Versailles am 7. Mai 1919 persönlich mit.<sup>6</sup> Über den bis ins Detail inszenierten, zweifellos auf die Demütigung des Gegners zielenden Akt berichtete die In- und Auslandspresse ausführlich. Kritisiert wurde insbesondere die Haltung des deutschen Außenministers, der sich bei seiner Erwidern auf die Ansprache Georges Clemenceaus nicht, wie es die diplomatische Höflichkeit eigentlich gebot, von seinem Sitz erhoben hatte. In den Zeitungsberichten des Auslands fehlte nirgends der Hinweis auf diesen vermeintlich bewussten Affront des Deutschen, und für manchen Betrachter drückt sich darin noch heute vor allem die aristokratische Arroganz des Grafen aus. Eine weit schlichtere Version hingegen schilderte Schücking nach Deutschland. Der Außenminister habe sich in dieser extrem angespannten Situation im Sitzen einfach sicherer gefühlt.<sup>7</sup> Dass er damit die deutsche Verhandlungsposition am Ende keineswegs verschlechterte, zeigt der Blick auf die Delegierten Österreichs und Ungarns. Ihre in bewusster Abgrenzung zum deutschen Außenminister stehend abgegebenen Stellungnahmen stimmten die Siegermächte um kein Jota milder.<sup>8</sup>

Die nach der Zeremonie ins Hotel zurückgekehrten deutschen Delegierten studierten sofort die Friedensbedingungen „und waren mehrere Tage krank davon. So etwas von Niedertracht hatte niemand erwartet“, beschrieb Schücking die Lage.<sup>9</sup> Die einhellige Empfehlung der Delegation an die deutsche Regierung riet darum zur Ablehnung, der man sich in Berlin in der ersten Empörung auch anschloss. Durch „zähes und energisches Verhandeln“, schließlich mit einer Denkschrift als „Appell an die ganze Welt“ verfasst, hofften Schücking und die übrigen Delegierten zuversichtlich, das Blatt noch wenden und mit den Siegern in offene Verhandlungen treten zu können. Skeptischer sah sein Parteifreund Rade die Sache. „Nun ist der Friede da. Wenigstens die Friedensbedingungen“, hieß es lakonisch in der „Christlichen Welt“.<sup>10</sup> Rade hatte sich als Parlamentarier ein Bild von der explosiven Stim-

6 Siehe hierzu die aufschlussreiche Edition einiger Briefe Schückings aus Paris nach Deutschland: Ulf Morgenstern: „Ach das ist schön hier!“ Privatbriefe Walther Schückings aus der Versailler Friedensdelegation 1919. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 30 (2018), S. 299-335.

7 Ebd., S. 313, wo es in Anm. 66 heißt, dass der anwesende Journalist Victor Schiff die Szene ähnlich empfunden habe.

8 Leonhard: Friede (wie Anm. 1), S. 1063-1069, 1079-1088.

9 Morgenstern: „Ach das ist schön hier!“ (wie Anm. 6), S. 313, das nächste Zitat ebd., S. 334.

10 Martin Rade: An unsre neutralen Freunde. In: ChW, Nr. 21, 1919, Sp. 326-329, hier Sp. 326, dort auch die beiden nächsten Zitate.

mung in Berlin gemacht, das keine Illusionen über die Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung aufkommen ließ. Gleichwohl kreiste bei ihm alles um die entscheidende Frage: „Und uns bleibt nichts übrig, als zu unterschreiben? Wir haben den Feinden nicht den geringsten Widerstand entgegenzustellen. Ohnmächtiger war nie ein besiegtcs Volk. Oder sollen wir nicht unterschreiben?“

An diesem Tag hatte die Deutsche Nationalversammlung und die Preußische Nationalversammlung mehrheitlich die Annahme des Friedensangebots als „unannehmbar“ abgelehnt. Von Rade mit Genugtuung registriert, glaubte er gleichwohl nicht, damit auch schon bessere Bedingungen bei den Feinden zu erreichen:

„Es wird sich für unser Schicksal gleich bleiben, ob wir zu diesem Frieden Ja oder Nein sagen. Ruiniert sind wir in jedem Falle. Aber das Nein ist wahrhafter. Denn halten können wir einen solchen Frieden doch nicht. Weder physisch noch moralisch.“

Wie viele seiner Landsleute schätzte Rade die drohenden Gebietsverluste und wirtschaftlichen Auflagen als derart dramatisch ein, dass das Deutsche Reich in absehbarer Zeit nicht wieder auf die Beine kommen würde. Dazu betrachtete er die Bürde alleiniger Kriegsschuld als eine schwere Hypothek für die junge Demokratie. In der Vorahnung, dass keine nennenswerten Erleichterungen gewährt würden, appellierte er an die inneren Widerstandskräfte seiner Landsleute.

„Umso wichtiger, daß wir uns innerlich wider das Ungeheure wappnen. Dieser Ton ist doch nur selten angeschlagen worden. Eben weil man noch auf Abwehr bedacht ist, noch auf äußere Erleichterung hofft, flüchtet man noch nicht zu den innern Quellen. Die Stunde wird kommen, wo uns nichts Andres mehr übrig bleibt.“<sup>11</sup>

Tatsächlich lief die fieberhafte Geschäftigkeit der deutschen Delegation während der von den Feinden zunächst gewährten 14-tägigen Frist ins Leere, vermochten die Denkschriften und ausgetauschten Noten die Siegermächte von ihrer Fixierung auf einen einseitig diktierten Frieden nicht zu lösen. Dennoch hielten die Delegierten am „Unannehmbar“ fest, weil sie damit den Respekt der Siegermächte zu wecken hofften. Schon meinten sie, Anzeichen für eine Spaltung unter den Gegnern zu erkennen, und rieten der deutschen Regierung umso dringender zum Durchhalten.<sup>12</sup> Inzwischen hatte sich aber

11 Ebd., Sp. 328.

12 „Nach den neuesten Pariser Funksprüchen, die in Spa aufgefangen sind, zanken sich unsere Gegner noch. Die meisten Konzessionen wollen die Engländer machen, Clémenceau ist unerbittlich und Wilson scheint mehr auf Seiten von ihm wie auf Seiten von Lloyd George zu stehen.“ Walther Schücking in einem Brief an seine Frau, 7.6.1919, in: Morgenstern: „Ach das ist schön hier!“ (wie Anm. 6), S. 327-332, hier S. 332.

das Blatt unter dem Eindruck innerer Unruhen im Reich gewendet, und die Regierung verlor zusehends die Kraft zum Widerstand. Es wären dazu wohl auch übermenschliche Kräfte vonnöten gewesen, wie Rade in seinem Blatt unter dem 17. Juni 1919 einräumte:

„Genug, kein heißerer Wunsch nach Lautwerden dieses neusten ‚Friedens‘ – der kein Friede ist, sondern ein Krieg – als daß unsere Verantwortlichen ihn entschlossen zurückweisen mögen. Die Verantwortung ist zu groß. Die Folgen unabsehbar. Ein Sprung nicht ins Dunkle, sondern ins Finstre.“<sup>13</sup>

Andererseits würde der Mut zur Standhaftigkeit die Chancen auf eine innere Einigung erhöhen, die Rade mit dem Blick auf das politisch und gesellschaftlich vielfach fraktionierte Deutsche Reich schon seit langem beklagte:

„Indessen die Welt, die Gott für uns geschaffen hat und uns in sie hinein, dreht sich. Ich zitiere nicht das heidnische *ex ossibus ultor* [ein Rächer wird aus meinem Staub erstehen, A.C.N.], sondern gedenke an Luther 1, 52<sup>14</sup> und erhoffe aus der tiefen Not der kommenden Tage die endliche Vertiefung und Erneuerung meines Volkes. Denn an der fehlt es freilich noch. [...] Wenn diese Zeilen dem Leser zu Gesicht kommen, wissen wir mehr. Vielleicht werden wir auch getrennt, die Christliche Welt und ihre Empfänger. Wenn schon! Die Tage der Trübsal werden kurz sein.“

Die Ereignisse überschlugen sich in diesen Tagen. Am 20. Juni trat das Kabinett unter Reichskanzler Philipp Scheidemann (SPD) zurück, weil die drei Minister der DDP und der parteilose Außenminister Brockdorff-Rantzau die Annahme des Friedens ablehnten. Zwei Tage später stimmte die Nationalversammlung dafür, und in der Woche darauf erfolgte die Unterzeichnung des Friedensangebots durch den Sozialdemokraten Hermann Müller und den Zentrumsolitiker Johannes Bell.

Wie hatte sich die ursprüngliche Einmütigkeit in der Ablehnung des Vertrags so rasch verlieren können, fragte Rade in seinem Blatt. Einig seien sich nur Politiker und Publizisten gewesen, während dem Volk die Ablehnung als ein heroischer Akt nicht zu vermitteln gewesen sei. Mit großem Verständnis für die Regierungsentscheidung bedauerte er dennoch ihr Einknicken in dieser existentiellen Frage. „Es wäre etwas Großes gewesen, wenn die Ablehnung zur Tat geworden wäre.“<sup>15</sup> Darüber hinaus gab er zu bedenken, dass das Gefühl der Erleichterung über diesen Frieden nicht lange nachwirken werde. Die absehbaren Folgen des Friedensschlusses würden Land und Leute auf eine harte Probe stellen und unweigerlich die Spaltung der Nation wei-

13 ChW, Nr. 26, 1919, Sp. 422, dort auch das folgende Zitat.

14 Bezug unklar, möglicherweise ist Luthers Nachdichtung des Bußpsalms 130 gemeint, vgl. D. Martin Luthers Werke. Kritische Gesamtausgabe Bd. 35 Weimar 1923, S. 97–109.

15 ChW, Nr. 26, 1919, Sp. 438 f., dort auch das nächste Zitat im Text.

ter vertiefen. Vor diesem Szenario hätte der Theologe die zu erwartenden Sanktionen der Annahme dieses falschen Friedens vorgezogen. „Die sittliche Leistung des ‘Unannehmbar’ weigert unser Volk; wird es den sittlichen Aufgaben gewachsen sein, die sich dennoch melden werden und nicht abgelehnt werden können?“ Angesichts der im Moment der Unterzeichnung schon einsetzenden Hetze gegen den Versailler Frieden und die Verunglimpfung der demokratischen Regierung durch ihre Gegner scheint Rade mit seinen Befürchtungen nicht falsch gelegen zu haben. Und schlimmer als es dann tatsächlich kam, hätte es auch im Falle einer Fortsetzung des Krieges kaum kommen können.

Abschließend gilt es zu fragen, was die Haltung Rades mit derjenigen seines Parteifreundes Schücking verband. Beide orientierten sich an universalen Werten, unter denen dem Rechtsgedanken zentrale Bedeutung zukam. Nicht das „Recht des Stärkeren“ sollte am Ende dieses unvergleichlichen Weltkrieges stehen, sondern ein auf die gegenseitige Verständigung der Völker basierender Rechtsfriede, der „die Menschheit auf eine ganz andere Stufe heben“ werde.<sup>16</sup> Davon war Schücking, aber auch Rade überzeugt, dafür hatten sie während des Krieges publizistisch gekämpft und sich vielfacher Kritik ausgesetzt. Was sich mit dem Versailler Vertragsangebot abzeichnete, konnte dagegen nur „verbittern und verstocken“, Revanchegefühle hervorrufen und jedenfalls keinem dauerhaften Völkerfrieden den Weg bahnen. Nun schien es ihnen, als sei nicht nur ihr persönliches Friedensengagement, sondern auch das millionenfache Leid der Menschen umsonst gewesen.<sup>17</sup>

Die Haltung der beiden Liberalen nötigt Respekt ab. In einer vom Hass der Völker aufeinander geprägten Stunde bewahrten sie Augenmaß und beschworen Vernunft und Recht. Ihre Argumente gingen leider im Meinungsstreit ihrer Zeit unter, um nach einer weiteren schrecklichen Lektion endlich aufgegriffen zu werden.

16 Walther Schücking: Ein neues Zeitalter? Kritik am Pariser Völkerbundsentwurf. Vortrag in Versailles vor der deutschen Friedensdelegation, gehalten am 5. Mai 1919. Berlin 1919, S. 20.

17 Rade: An unsre neutralen Freunde (wie Anm. 10), Sp. 328.

